

STRAUSS. Ludwig Erhard würde — wie er im engsten Mitarbeiterkreis bekannte — seinen Verteidigungsminister von Hassel am liebsten durch Franz-Josef Strauß ersetzen. Vor dem gleichen Kreis gab Erhard jedoch zu: „Das geht ja nicht.“ Am letzten Dienstag versuchte er es trotzdem. Den Freidemokraten Menke, von Kühlmann-Stumm und Genscher sagte er im Kanzleramt: „Wenn Sie sich hier wieder gegen einen Kabinettsintritt von Strauß sperren, dann gibt es in München (nach den Landtagswahlen im November) eine Große Koalition — und die gibt es dann bald auch hier.“ Darauf Genscher: „Herr Bundeskanzler, ich will Ihnen mal sagen, was die Folge einer Großen Koalition in Bonn ist: Erstens sind Sie weg; zweitens wird die CDU bei den nächsten Wahlen halbiert und löst sich auf in Deutschland und Zentrum; drittens kriegt die FDP in der nächsten Wahl mindestens 15 Prozent.“ CSU-Chef Franz-Josef Strauß selbst glaubt jedoch, die FDP werde ihren Widerstand gegen ihn aufgeben, weil sie in Bayern nach den Landtagswahlen in die Regierung wolle. Bayerns Ministerpräsident Goppel (CSU) hingegen versicherte dem FDP-Landeschef Klaus Dehler bereits: „Wenn die FDP in Bayern wieder in die Re-

gierung will, spielt dabei keine Rolle, was mit Strauß in Bonn geschieht.“

HAFTENTSCHÄDIGUNG. Von den 40 Millionen Mark, die Bonn 1961 zur Entschädigung italienischer KZ-Häftlinge nach Rom überwies, ist bislang keine Lira ausbezahlt worden. Die Bundesrepublik und Italien hatten sich vor fünf Jahren geeinigt, daß rund 30 000 Italiener aus politischen Gründen durchschnittlich je acht Monate in deutschen Konzentrationslagern eingesperrt waren und für jeden Haftmonat 150 Mark erhalten sollten. Offizielle römische Begründung für den Zahlungsaufschub: Bislang hätten 339 000 Italiener Entschädigung für KZ-Haft beantragt. Das Wochenblatt „L'Europeo“: Das schleppe Verfahren sei für Italien nicht ungewöhnlich, noch heute seien Ansprüche einiger Opfer des Erdbebens von Messina im Jahre 1908 nicht reguliert.

CSU-AFFRONT. Der Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner, Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, will das Katholische Büro in Bonn mit einem der CSU unangenehmen Chef besetzen. Döpfner wird seinen Kollegen diese Woche als Nachfolger des amtsmüden Büro-Chefs, Prälat Wissing, den Päpstlichen Ge-

heimkämmerer und Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Dr. theol. Karl Forster, 38, vorschlagen. Forster, der von der CSU seit Jahren offen und heimlich attackiert wird, ließ 1963 in seinem Institut Herbert Wehner über „Möglichkeiten zur Stabilisierung unserer demokratischen Ordnung“ referieren und war auch an dem Brief der katholischen Aktion beteiligt, der — im gleichen Jahr — die CSU spektakulär vor einer Wiederwahl des Landesvorsitzenden Strauß warnte, nachdem bereits der Kardinal persönlich Strauß von einer Kandidatur abgeraten hatte. Döpfner möchte Forster zusätzlich die neu zu schaffende Stelle eines Ständigen Sekretärs bei der Fuldaer Bischofskonferenz anvertrauen. Da der Leiter des Bonner Katholischen Büros überdies auch eine Kontrollfunktion in der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) und damit einen sehr starken Einfluß auf die katholischen Zeitungen hat, befürchten CSU-Kreise publizistische Rückwirkungen, die der Kardinal offenkundig im voraus gutheißt.

WEHGARTNER. Entgegen üblicher Usancen verschwieg die CSU den Ausgang einer Kandidatenaufstellung zur bayrischen Landtagswahl im November. In einem Münchner Stimmkreis schlug Willi Lucke, 52, der sich vom Fahrer zum persönlichen Referenten des bayrischen Arbeitsministers Schütz hochgedient hatte und langjähriges CSU-Mitglied sowie Sudetendeutscher ist, den dort ansässigen Staatssekretär im bayrischen Innenministerium, Robert Wehgartner, 57, der im Mai als Landesvorsitzender der Bayernpartei abgehalftert worden und Ende Juli zur CSU gestoßen war. Hinweise der CSU-Führung, ein Landtagskandidat Wehgartner sei wichtig, um weitere Mitglieder der Bayernpartei zu Übertritten anzuspornen, vermochten die Delegierten nicht zu beeindrucken.

WÄHLERWILLE. 65 Prozent der Hamburger SPD-Wähler halten eine Senatskoalition zwischen SPD und FDP für besser als die Alleinregierung ihrer Partei. Bei einer im Auftrag der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft durchgeführten demoskopischen Umfrage wünschten zwei Drittel der SPD-Wähler die Rückkehr der (im Frühjahr nach ihrer Wahlniederlage aus der Koalition ausgeschiedenen) FDP in die Regierung, die gegenwärtig von der SPD aufgrund ihrer absoluten Mehrheit allein gebildet wird. Für die Neuaufnahme der Koalition entschieden sich auch 79 Prozent der FDP-Wähler. Über die Ergebnisse ihrer geheimen Umfrage informierte die SPD die drei (koalitionsfreundlichen) FDP-Politiker Engelhard, Müller-Link und Rahlfs unter der Bedingung, daß sie die Zahlen niemandem — auch nicht ihrem Landesvorsitzenden (und Koalitionsgegner) Rademacher — weiter-sagen.

Was bietet Strauß?

Chefredakteur Jens Feddersen in der SPD-nahen „Neuen Ruhr Zeitung“:

Viele Abgeordnete — nicht nur in der CSU und CDU — haben ihren inneren Widerstand gegen Strauß längst aufgegeben. Empfanden sie diesen Mann früher einmal als Ballast, so glauben sie heute, ihr mangelndes Eigengewicht mit dem Nimbus und der charmant-brutalen Faszination des Namens Franz-Josef Strauß aufpolieren zu können.

Was aber bietet Strauß? Was eigentlich hat sich wirklich geändert seit jenem Tag vor rund fünf Jahren, als Strauß das Parlament belog und das Kabinett verlassen mußte?

Strauß ist Student der Wirtschaftswissenschaften im ersten Semester. Er spricht über Wirtschaftsdinge, als sei er Professor mit einem Dutzend Doktorhüten. Strauß ist der Vorsitzende einer Partei, die im Bundestag nicht mehr Abgeordnete stellt als die FDP. Aber Strauß redet wie der erste Mann der ersten Partei. Strauß doziert über Außen-, Europa- und Militär-Politik im Stil eines Welt- und Staatsmannes, doch welches Rezept er hat, auch

nur die Bundeswehr-Misere zu lösen, das verrät er nicht. Strauß tritt in Bonn wie ein Gentleman auf, höflich und gcsetzt, verbindlich und tolerant, aber in Bayern steigert er sich wie eh und je zur rhetorischen Hektik, unkontrollierbar und maßlos.

Ein Strauß ohne Macht ist zu ertragen. Er ist ein interessanter Farbtupfen auf dem Bild der politischen Landschaft unseres Landes. Ein Strauß mit Macht aber wird heute nicht anders handeln als vor fünf Jahren, und damals handelte er wider den Geist und die Gesetze der Demokratie.

Soll das vergessen werden? Fällt den Männern der CDU nichts anderes mehr ein, kein Lücke und kein Gerstenmaier?

Soll heute ein Mann den Staat „retten“, vor dem sich dieser Staat zum Glück gerettet hat? Wer nach dem „starken Mann“ und damit nach Strauß ruft, beschwört die Geister der Vergangenheit. Daran zu denken, das sollte Pflicht und Selbstverständlichkeit eines jeden sein, der in der Bundesrepublik politische Verantwortung trägt — gleichgültig, in welcher Partei er steht.